

Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung

am Mittwoch, den 22.03.2023

im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron bis 17:42 Uhr.

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl bis 20:25 Uhr.

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Andrzej Sielicki

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Frau Chiara Kriz

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Herr Raphael Wieler

Frau Franka Zaneck

Gast

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Abwesend:

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Tagesordnung

=====

- 1** Neuerungen des Müllkonzepts der GOA, insbesondere der orangenen Plastiksäcke (Biobeutel)
- 2** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 126 F "Hofgut Becherlehen", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens, Aufstellungsbeschluss
- 3** Beitritt zum 3. Klimaschutzpakt 2020 / 2021
Maßnahmen 1, 2, 7, 21, 29, 37 und 38 aus dem Maßnahmenkatalog „Gmünd für Morgen“
- 4** Einführung von E-Tretroller-Verleihsystemen (Maßnahme 25 – Maßnahmenkatalog "Gmünd für morgen")
- 5** Ausbau des Geh- und Radwegs Waldstetten - Schwäbisch Gmünd entlang der K3276
- 6** Aktueller Stand Radrिंग Altstadt und Fahrradstraßen (Maßnahme 14 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
- 7** Ausblick auf künftige Vorhaben
 - 7.1** WOHA-Areal
 - 7.2** Sperrung Landesstraße Herlikofen-Brainkofen
 - 7.3** Solarkataster
- 8** Bekanntgaben
 - 8.1** Leerrohre Radweg Schwäbisch Gmünd-Waldstetten
- 9** Anfragen
 - 9.1** Nächtliche Beleuchtung Gügling
 - 9.2** Ortsdurchfahrt Hussenhofen
 - 9.3** Waldstetter Brücke
 - 9.4** Fördermöglichkeiten Fahrradparkhäuser

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert Herr Caesar, dass es beim Fehrle-Parkhaus eine Frist bis zum 30.03.2023 gebe. Man habe die Trafo-Station ausgeschrieben, es sei kein Angebot eingegangen. Man habe sich nun um ein weiteres Angebot bemüht. Der Gemeinderat solle am 29.03.2023 darüber beschließen.

zu 1 Neuerungen des Müllkonzepts der GOA, insbesondere der orangenen Plastiksäcke (Biobeutel)

Protokoll:

Herr Grewe erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold betont das Zurückbleiben von Polyethylen. Außerdem habe sich der Kreis zum Ziel gesetzt, plastikfrei zu werden. Darüber hinaus sei auch ein sozialer Aspekt dabei, da man die Tonnen gemeinschaftlich teilen könne.

Stadtrat Preiß/CDU bedankt sich für den Vortrag. Er finde es grundsätzlich positiv, jedoch müsse man auch die Innenstadtbewohner, die keine Abstellmöglichkeit hätten, berücksichtigen. Wichtig sei auch, dass der KOD die falsch herausgestellten Beutel kontrolliere.

Erster Bürgermeister Baron erläutert, dass er in der Innenstadt wohne und sein Haus ein Pilotprojekt durchgeführt habe. Alle Bewohner würden sich eine Tonne, die in der Garage stehe, teilen.

Stadtrat Preiß/CDU weist darauf hin, dass es bspw. am Parlermarkt nicht funktioniere.

Oberbürgermeister Arnold ist sich sicher, dass es funktionieren werde.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen schließt sich den Ausführungen des Ersten Bürgermeisters Baron an. Er erkundigt sich, ob man die bisher genutzten Tonnen weiterverwenden könne. Außerdem erkundigt er sich, wie die Papier-Tüten beschichtet seien und ob man den kompletten Bioabfall für die Biogas-Verwertung verwende.

Herr Grewe antwortet, dass die Haushalte, die jetzt schon eine Biotonne hätten, diese auch weiter nutzen können und sollen. Man habe den Vorteil, dass Müllgemeinschaften gebildet werden könnten. Das Papier enthalte keinen Kunststoff und keine Mineralöle. Die genaue Zusammensetzung der chemischen Behandlung sei aktuell nicht bekannt, könne aber gerne nachgereicht werden. Er äußert, dass der Grünabfall in Frischkompost umgewandelt werde. Der Bioabfall werde auf der Deponie Ellert nur umgeschlagen, da man keine eigene Biogas-Anlage habe.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob Einzelpersonen ebenfalls die Tonne nehmen müssten.

Herr Grewe bestätigt dies.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass man sich zusammenschließen könne.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob die Tonnen aus Plastik bestehen würden.

Herr Grewe antwortet, dass es sich um Kunststoff handle, es sei ein Mehrweg-Gefäß. Die Tonnen würden sehr lange halten.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob jeder Haushalt eine 6-Liter-Tonne erhalte, wenn keine Müllgemeinschaften gebildet werden. Dies sei dann über dem Bedarf.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW findet es eine sinnvolle Maßnahme. Letztlich sei die Umstellung nicht kostenneutral. Er erkundigt sich, ob dies zu einer Gebührenerhöhung führen werde.

Herr Grewe antwortet, dass die Gebühren um 8,10 Euro pro Jahr erhöht werden würden. Er erläutert außerdem, wie viele Mitarbeiter, Fahrzeuge und Deponien die GOA habe.

**zu 2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 126 F
"Hofgut Becherlehen", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens, Aufstel-
lungsbeschluss
Vorlage: 049/2023**

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Die Kita würde hauptsächlich durch Pkw angefahren, dies müsse man berücksichtigen. Es sei mitten in der Natur gebaut, man verliere eine große Fläche. Man müsse wissen, wie die Kaltluftströme des Gebietes Becherlehen seien, dies müsse im Vorfeld untersucht werden. Die Einfahrt in die Mutlanger Straße müsse man durchdenken, auch im Gelände selbst müsse der Verkehr betrachtet werden. Die Radwegeanbindung an Franz-Konrad-Straße müsse man ebenfalls beachten, da eine Bundesstraße überquert werden müsse.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass es eine gut bebaubare Fläche sei, man stimme daher prinzipiell zu. Die Zusammenstellung sei ein etwas wilder Mix, aber könne durchaus funktionieren. Wichtig sei, dass der Lageplan und nicht die Vi-

sualisierung maßgeblich sei, da das dritte Gebäude im Verbund zu viel Frischluft nehmen würde. Es würden noch keine Gutachten vorliegen, aber es sei davon auszugehen, dass ein Frischluftstrom stattfindet. Man solle den Bauträger dazu bewegen, die Parkplätze mit PV auszustatten. Man wolle nicht nur die Holzverschalung, sondern auch den Holzbau, auch im Hinblick auf die langfristige Bindung von CO₂. Der Holzbau würde auch dem Charakter eines Hofgutes gut entsprechen. Es hätte gern auch moderner gestaltet sein dürfen, bspw. ein Pultdach.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass sich die Fraktion noch keine Meinung gebildet habe. Es sei aber kritisch, wenn landwirtschaftliche Fläche versiegelt werde. Es sei inmitten der wichtigsten Kaltluftbahnen der Stadt, die Fläche habe eine hohe bioklimatische Bedeutung. Er weist außerdem auf den schon mehrfach geäußerten Wunsch hin, dass die Karten aus dem klimagerechten Flächenmanagement in der Vorlage enthalten seien. Er erkundigt sich, ob man es bewusst vorenthalte. Daraus ergebe sich, dass der Standort ungeeignet sei, um die Bebauung durchzuführen. Das Projekt sei grundsätzlich denkbar und begrüßenswert. Auch Kitas seien begrüßenswert, aber es gebe vernünftige, besser gelegene Standorte, bei denen Eltern nicht Kinder wie beim Drive-In abliefern müssten, zum Beispiel mit dem Rad oder zu Fuß. Man werde es intensiv diskutieren.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass es nicht bewusst vorenthalten worden sei. Es sei nicht das Eigentum der Stadt, man wolle es auch nicht enteignen. Es sei die Fläche eines privaten Eigentümers. Die Stadt sei auf den Eigentümer zugegangen und habe darum gebeten, darüber nachzudenken, ob man nicht auch eine Kita und den Bauernhof-Kindergarten mit entwickeln könnte. Man habe großen Bedarf, dort würde es sich anbieten. Man werde die Eltern nicht dazu anhalten, den Kindergarten als Drive-In zu nutzen. Man sei dran, die restlichen Flächen zu bekommen und wolle den Radweg anbinden. Er nennt das Beispiel des Salvators, dort seien auch einige kritische Stimmen von Seiten des Gemeinderats gekommen. Es funktioniere nun aber seit Jahren.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass es von Stadtrat Schwab eine berechtigte Frage gewesen sei, es liege ein Versäumnis hinsichtlich der Vorlage vor. Er gibt zu bedenken, dass man kurz vor Weihnachten 2022 die Flächenkulisse zum Flächennutzungsplan beschlossen habe und nun sei diese Fläche nicht dabei. Es werde deutlich, dass es in der Stadt keine verlässliche, vorausschauende Planung gebe, die Bestand habe. Er erkundigt sich, ob er es falsch sehe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es mit dem Bestand zu tun habe, dies hätte man deutlicher in der Vorlage hervorheben können.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass die Fläche im Landschaftsplan als schützenswerter Bestand aufgeführt sei. Er bittet daher um nochmalige Prüfung, da es sich nach seiner Ansicht nicht um einen bebaubaren Bestand handle. Die PKW-Anfahrt passe nicht zusammen, der Radweg sei aufgrund der 17-prozentigen Steigerung eine Herausforderung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das Gelände so konstruieren werde, dass man in der Becherlehenstraße eine entsprechende Abstellfläche habe und von dort nach oben zu Fuß gehen könne. Von oben müsse man ebenfalls eine Lösung

finden.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet 33 Parkplätze mitten in der Natur schwierig.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass es bereits jetzt Parkplätze seien.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE ist der Meinung, dass man trotzdem etwas Besseres als Parkplätze daraus machen könne. Man werde es in der Fraktion diskutieren.

Herr Hackner betont, dass man das Gelände revitalisiere.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für die Darstellung. Man halte es, vorläufig gesagt, für eine gute Entwicklung des Gebiets. Gewisse Punkte seien zu beachten, die Kaltluftströme müsse man beachten. Andererseits stehe das bestehende Gebäude im Windschatten, es ergebe sich daher keine nachteilige Stellung. In Bezug auf den Kindergarten müsse man es grundsätzlich sehen, es sei eine sehr gute Entwicklung. Den Verkehr müsse man regeln, es sei eine problematische Verkehrsentwicklung aufgrund eines Rückstaus auf der B298 zu befürchten. Man solle daher überlegen, ob man nicht die Möglichkeit habe, die Becherlehenstraße anzubinden, sodass ein Rundverkehr möglich sei. Topografisch sei es schwierig, aber es gebe bereits einen Feldweg. Man solle prüfen, ob man diesen erstarken könne.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Anregungen. Man werde diese prüfen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich den Vorrednern an in Bezug auf Luftströme und Verkehr. Dass man mit dem Flächenverbrauch sparsam umgehen müsse, sei richtig. Man solle sich auf Baulücken konzentrieren. Dennoch brauche man eine gewisse Flexibilität, da sich die Welt weiterdrehe. Man müsse auf die Bedürfnisse eingehen, die die Zeit mit sich bringe. Den Bedarf an Ferienwohnungen könne er nicht nachvollziehen.

Oberbürgermeister Arnold stimmt Herrn Dr. Vatheuer nicht zu. Die Campingplätze im Schießtal und Himmelsgarten seien sehr gut gebucht. Man nehme es auf und kläre die Punkte.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob das Kindergartengebäude zweigeschossig werde. Wenn nicht, möchte er wissen, was in den Obergeschossen passiere.

Herr Hackner führt aus, dass man die Detailplanung noch machen müsse, diese liege noch nicht vor.

Stadtrat Bläse/CDU betont, dass Ferienwohnungen sehr gefragt seien. Er habe keine Zweifel, dass diese belegt werden würden. Die Anbindung an die Becherlehenstraße dürfe auf keinen Fall vorgenommen werden. Es sei eine Bundesstraße, die Autos würden nicht ins Gewicht fallen.

Bürgermeister Mihm betont, dass die Nordstadt ein großes Entwicklungspotenzial, vor allem auch aufgrund der zentrumsnahen Lage, habe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bittet nochmals um Erläuterung, warum die Fläche in der Flächenkulisse von Dezember 2022 nicht aufgeführt gewesen sei.

Bürgermeister Mihm betont, dass der Flächennutzungsplan ein abstraktes Instrument, weit weg von der Wirklichkeit sei. Man wisse nicht im Voraus, an welchen Stellen sich mit den Akteuren vor Ort neue Ansätze ergeben können.

Herr Hackner äußert, dass man auf veränderte Bedingungen reagieren müsse. Es seien noch einige Schritte, bis man den Flächennutzungsplan verabschieden werde. Die Fläche sei im Verfahren mit drin.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Beitritt zum 3. Klimaschutzpakt 2020 / 2021
Maßnahmen 1, 2, 7, 21, 29, 37 und 38 aus dem Maßnahmenkatalog „Gmünd für Morgen“
Vorlage: 051/2023

Protokoll:

Frau Kriz stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es zusätzliche Mittel seien, die bei der Kommunikation helfen. Diese sei auch wichtig in Bezug auf Privathaushalte. Man könne als Kommune aktiv und Vorbild sein, werde das Ziel aber nie alleine erreichen. Mit den Fördermitteln des Landes Baden-Württemberg komme man nicht weit, das Budget sei viel zu klein. Man müsse endlich auch mal die großen Dinge anpacken können. Man brauche die Zustimmung des Landes, wenn man etwas wolle. Wenn sich in Stuttgart nichts tue, dann komme man nicht in die Umsetzung. Es sei keine Kritik am Tagesordnungspunkt an sich, sondern generell müsse man sich überlegen, wie man schneller vorwärtskomme. Es tue sich in Wirklichkeit nichts, in der Umsetzung fehle es.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen signalisiert Zustimmung. Wenn man für etwas Geld bekomme, dann solle man es auch nutzen, auch wenn die Summen nicht berauschend seien. Man vermisse eine konkrete Planung. Man müsse wissen, wann man was in welchem Umfang mache. Die Fördermittel solle man sich abgreifen.

Stadtrat Schwab/SPD signalisiert Zustimmung.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass angesichts der Erklärung die immense Herausforderung deutlich werde, bis 2035 in Schwäbisch Gmünd klimaneutral zu sein.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste signalisiert ebenfalls Zustimmung. Die Fördermittel seien völlig unzureichend. Es sei Aufgabe der Landespolitik, für mehr Unter-

stützung der Kommunen zu sorgen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich den Vorrednern an und signalisiert Zustimmung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man bessere strukturelle Förderungen und Rahmenbedingungen benötige. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Transformation sei eine wesentliche Gemeinschaftsaufgabe der Bundesrepublik Deutschland. Man werde es stemmen, wenn weiterhin Einkommens- und Gewerbesteuer zufließen würden. Wenn hier etwas schief laufe, falle man zurück bei der Erreichung der Ziele.

Stadtrat Bläse/CDU ist der Ansicht, dass es alle Kommunen gleichermaßen treffe, die meisten Kommunen hätten zu wenig finanzielle Mittel. Man solle daher die Kräfte der Kommune bündeln. Man müsse es irgendwie auf die Strecke bekommen, hieran müsse man arbeiten. Ansonsten stehe man in drei Jahren immer noch am gleichen Punkt. 2035 für Schwäbisch Gmünd und 2040 für alle anderen rücke immer näher. Mit abwarten sei es vorbei. Die Fraktionen müssten sich zusammenschließen und noch größere Kreise ziehen, um Bewegung reinzubringen.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass Oberbürgermeister Arnold betont habe, dass sich auf Bundes- und Landesebene mehr tun müsse. Wichtig sei ihm, dass man als Stadt eine große Eigenverantwortung habe. Auch unter den bisherigen Rahmenbedingungen sei es für den Rhein-Hunsrück-Kreis möglich gewesen, 2018 bilanziell klimaneutral zu werden. Es sei viel zu wenig passiert in den letzten Jahren, daher sei ein großer Handlungsdruck gegeben.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es nicht so sei, dass man gar nichts mache und die Welt von heute auf morgen verändern könne. Man habe große Themen vor sich. Den Netzausbau könne man als Kommune nicht steuern. Am Netzausbau hänge alles dran, es sei zu einfach zu sagen, in den letzten 30 Jahren hätte man mehr machen sollen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es eine Frage der politischen Prioritätensetzung sei. In Schwäbisch Gmünd habe man ein Schuldenabbaukonzept festgelegt, das habe man konsequent umgesetzt. Man habe die Kinderbetreuungsplätze erheblich ausgebaut und sei immer noch nicht dort, wo man eigentlich hinmüsste. Auch im Bereich der Integration sei es wichtig, dass man die Ressourcen und Mittel bereitstelle. Die Prioritätensetzung sei mehr als auf nur ein Ziel gerichtet. Alle Ziele seien gemeinsam dem Nachhaltigkeitsziel untergeordnet. Auch der Klimaschutz sei in dieser Reihe einzuordnen und nicht das absolute Ziel. Man habe sich zu den 17 Nachhaltigkeitszielen bekannt. Es sei daher mehr als Ziel 11. Auch das Thema Armut sowie Integration und Gemeinschaft würden dazugehören. Wichtig sei, wie der Mix am besten für die Stadt passe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es eine grundsätzliche Debatte sei. Er stimmt Oberbürgermeister Arnold zu, dass es eine Sache der politischen Prioritäten sei. Man sei sich nicht darüber einig, dass der Klimaschutz in den letzten Jahren nicht die Priorität gehabt habe, die er hätte haben müssen. Man sei auf einem guten Weg, man habe ein gutes Klimaamt, das sich anstrengt. Das Land tue sehr viel. Man sei auf einem guten Weg und habe gute Unterstützung. Man müsse eine Liste ma-

chen, welche Freiwilligkeitsaufgaben man habe. Man müsse es in die Bevölkerung tragen und Werbung machen. Auch die Ziele, bspw. den Heizungsaustausch, müsse man positiv bewerben.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass beim CO₂-neutralen Rhein-Hunsrück-Kreis viele Faktoren nicht berücksichtigt seien. In Baden-Württemberg würden Windkraftanlagen nicht genehmigt werden. Die Lippenbekenntnisse seien beschämend, es sei eine Irreführung der Bevölkerung. Das Leitungsnetz könne die Leistung für die Wärmepumpen nicht erbringen, daher müsse man zunächst die Leitungen ausbauen. Die aktuelle Politik gehe an den finanziellen Möglichkeiten des Großteils der Bevölkerung vorbei, das könne man auch nicht kleinreden. Es entstehe daher eine große Nachfrage für Gas und Öl. Es sei daher ein deutlicher Rückschlag für die Nachfrage nach Wärmepumpen. Es sei nicht so einfach zu sagen, dass man es unterstützen müsse, die Leute müssten es auch umsetzen können.

Oberbürgermeister Arnold erläutert die Nachhaltigkeitsziele. Es seien nicht die klimaneutralen, sondern die nachhaltigen Kommunen bei Ziel 11. Der Klimaschutz sei ein Bestandteil, aber nicht der alleinige. Man müsse den Menschen klarmachen, dass es um mehr gehe, man müsse alle an Bord behalten.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass man im Nachhinein leicht sagen könne, dass man hätte mehr machen sollen und können. Mit den Schulen sei man vollkommen im Defizit gewesen. Man sei hier sehr weit gekommen und könne stolz sein. Auch die Kitas müssten saniert werden. Es sei die Frage, was wichtiger sei, die Sporthallen oder die Kitas. Es werde ein Ringen werden, was einem wichtiger sei. Man könne der nachfolgenden Generation keinen Schuldenberg hinterlassen, den Weg solle man daher weiter beschreiten. Die Wärmepumpen würden besser werden, er würde daher mit dem Kauf abwarten.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass man über das Thema noch Tage diskutieren könne, auch in den nächsten Tagen werde man darüber diskutieren. Die These von Minister Habek sei schlecht vorbereitet gewesen, er könne es daher nicht unterstützen. Im Grundprinzip habe er recht, aber das Handwerkliche müsse er lernen. Die Argumente könne man daher auch nicht unterstützen. Man müsse den Klimaschutz forcieren und schneller vorwärtskommen. Man dürfe nicht das eine gegen das andere ausspielen. Fakt sei, dass man es allein nicht schaffe, dies müsse man auch mal zur Kenntnis nehmen. Man setze das begrenzte Budget ein, aber es bringe einen nicht weiter. Man brauche Unterstützung und andere Pakete, sonst schaffe man es nicht. Die Themen gegeneinander aufzuwiegen bringe einen nicht vorwärts, man müsse es gemeinsam angehen und so wie bisher auch das Beste daraus machen. Die Strukturen müssten sich ändern, dafür müsse man sich einsetzen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bringt zum Ausdruck, dass es in der Vergangenheit viele klimarelevante Entscheidungen gegeben habe. Die Anträge seien immer abgelehnt worden. Beispielsweise hätte die Einführung von Tempo 30 keine Kosten verursacht. Es sei erfreulich, dass sich nun in manchen Fraktionen etwas ändere und man zusammenarbeiten wolle. Gemeinsam etwas zu machen, sei sinnvoll. Ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeitsziele sei, dass es sich um globale Ziele handle. Es gehe nicht um das noch bessere Wohl der Stadt, sondern weltweit. Damit verbunden sei, dass man eigene Interessen nicht vorne anstellen dürfe. Man müsse verzichten, ansonsten

ändere sich nichts. Es gebe auch Klimaschulden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW betont, dass der Klimaschutz wichtig sei, aber auch die Finanzen müsse man beachten. Wärmepumpen würden sich technisch weiterentwickeln, aber sie seien kein Allheilmittel. Alte Häuser seien energetisch nicht in der Lage für den Einsatz von Wärmepumpen, ansonsten würden die Stromkosten durch die Decke gehen. Man habe eine Vorbildfunktion, aber diese müsse begründet sein auf Anreiz und Innovation. Verbote würden nichts bringen, es werde niemand außerhalb Deutschlands folgen. Dies solle man berücksichtigen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen entgegnet, dass Wärmepumpen nicht negativ seien. Sie seien in der Anschaffung deutlich teurer, aber man erhalte Förderungen dafür. Man müsse außerdem nur ein Drittel des bisherigen Stroms dafür aufbringen. Mit einer PV-Anlage produziere man diesen selbst. Für diejenigen, die es sich nicht leisten könnten, müsste man ein soziales Programm vorsehen. Es müsse außerdem ein Umdenken bei den Finanzzuweisungen für Einwohner stattfinden. Es müsse belohnt werden, wenn man keine neue Fläche versiegle.

Stadtrat Preiß/CDU findet es nicht gut, dass man immer wieder Bezug zur Vergangenheit herstelle und vorwerfe, was man vor vier bis fünf Jahren nicht gemacht habe. Er bittet darum, dies künftig zu unterlassen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste betont, dass man mit dem Eintritt in den Gemeinderat geschworen habe, sich für das Wohl der Bürger dieser Stadt einzusetzen. Hier habe man in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. Der Kampf an der Klimafront werde nicht durch Radwege beschränkt, sondern durch Biogas-, Windkraftkraftanlagen etc. Hier hänge das Land hinterher. Viele könnten sich die erneuerbaren Energien trotz der Förderprogramme nicht leisten. Zuschüsse würden den Staat überfordern, es sei daher nicht zu Ende gedacht. Aus technischer und wirtschaftlicher Sicht könne dies nicht gemeistert werden.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen. Es sei sehr wichtig, dass man im Gemeinderat die Diskussionen führe. Dies führe dazu, dass der Blick geweitet werde. Man müsse offen sein, die beste Lösung für die Stadt zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die unterstützende Erklärung der Stadt Schwäbisch Gmünd zum 3. Klimaschutzpakt 2020/2021 zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden nach § 7 Absatz 4 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg zu unterzeichnen.

Bereits am 21.11.2016 ist die Stadt mit Beschluss des Gemeinderats dem „Klimaschutzpakt Baden-Württemberg“ beigetreten und hat sich somit zur Vorbildwirkung der öffentlichen Hand beim Klimaschutz, zu den Zielen des Klimaschutzgesetzes und

zur Erreichung einer klimaneutralen Kommunalverwaltung bis 2040 bekannt. Dafür unterzeichnete die Stadt Schwäbisch Gmünd die unterstützende Erklärung zum Klimaschutzpakt zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden ebenfalls nach § 7 Abs. 4 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Einführung von E-Tretroller-Verleihsystemen (Maßnahme 25 – Maßnahmenkatalog "Gmünd für morgen")
Vorlage: 052/2023**

Protokoll:

Frau Zaneck erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es einerseits Beschwerden gegeben habe, andererseits würden viele Menschen das Angebot nutzen. Es gehöre dazu und sei ein zusätzliches Mobilitätsangebot. Er sei sich nicht sicher, ob fünf Euro eine Wirkung hätten, er könnte sich auch eine höhere Gebühr vorstellen.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob dadurch auch Autofahrten gespart werden würden.

Frau Zaneck äußert, dass die fünf Euro nachträglich erhoben werden. Sie schlägt vor, mit fünf Euro zu starten und ggf. nachzusteuern. Ob Autofahrten ersetzt werden würden, könne man nicht sicher sagen, man vermute es aber, da die durchschnittliche Fahrtstrecke der E-Scooter 1,5 km betrage. Um dies genau zu prüfen, müsse man eine Befragung durchführen.

Stadtrat Zengerle/SPD findet es gut.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für den Vortrag. Man sei davon ausgegangen, dass E-Scooter umweltfreundlich seien, weil sie Autofahrten ersetzen würden. Eine neuere Studie habe festgestellt, dass sie nicht den Autoverkehr, sondern den ÖPNV sowie den Rad- und Fußverkehr ersetzen würden. E-Scooter seien daher schädlich. Man habe sowieso schon enge Wege, E-Scooter würden die Konkurrenz verstärken. Manche Städte würden auch wieder zurückrudern. Er sei skeptisch, ob die E-Scooter zur Erreichung der Klimaziele beitragen würden.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass Spaß und Freude auch wichtig seien.

Frau Zaneck äußert, dass man es differenziert betrachten müsse, man könne Allgemenstudien nicht 1:1 auf die Stadt übertragen. In Schwäbisch Gmünd würde es gerne genutzt werden, man behalte die weitere Entwicklung im Auge.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste ist der Auffassung, dass die E-Scooter eine Bereicherung des Mobilitätsangebots seien. Ob sie auch zu mehr Umweltschutz beitragen, bezweifle er, solange man den Strom aus Kohlekraftwerken beziehe. Bei der Höhe des Verwarngeldes solle man vorsichtig sein, da es eher jüngere Nutzer seien, deren wirtschaftliche Verhältnisse nicht so gut seien. Er habe hier auch rechtliche Bedenken, wie man das Vergehen nachweisen solle.

Frau Zaneck antwortet, dass es in anderen Kommunen bereits erfolgreich umgesetzt werde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW findet, dass es gut angenommen werde und man daher die Freude nicht nehmen solle.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass Treibhausgasemissionen verursacht würden.

Stadtrat Preiß/CDU schildert negative Erfahrungen. Es gehe auch um Ästhetik. Er könne nicht verstehen, warum es Oberbürgermeister Arnold befürworte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er es aufgrund des großen Zuspruchs befürworte. Es müsse aber Regeln gebe und man müsse nachschärfen.

Stadtrat Geiger/CDU zweifelt die Attraktion für Stadt nicht an. Er sehe aber keinen Mehrwert, viele Fahrten seien „just for Fun“.

Frau Zaneck führt aus, dass die Zahlen für sich sprechen würden und verweist auf die Anlage.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Ausbau des Geh- und Radwegs Waldstetten - Schwäbisch Gmünd entlang der K3276
Vorlage: 053/2023

Protokoll:

Herr Strobel präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU findet die Gesamtkosten sehr überraschend für 300 Meter Strecke. Durch die Förderung sei es aber akzeptabel. 40 Prozent Förderung des Bundes seien noch nicht sicher. Er findet 2,50 m für einen gegenläufigen Radweg außerorts zu wenig. Er müsste aufgrund der Lastenfahräder mindestens 2,60 m sein. Dies müsse man in der Planung noch berücksichtigen. Außerdem erkundigt er sich, ob man nicht einen Beschluss fassen müsse.

Herr Strobel antwortet, dass man die 10 cm hinbekommen werde.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass die Beschlussfassung zu einem späteren Zeitpunkt erfolge.

Stadtrat Kaiser/CDU signalisiert Zustimmung.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet es grundsätzlich gut. Es sei eine tolle Strecke. Es sei gut, dass der Radweg breiter werde. Im Arbeitskreis Mobilität sei die Planung auch vorgestellt worden, es habe hier verschiedene Anregungen gegeben. Man solle den Kreisverkehr am Dreifaltigkeitsfriedhof so ertüchtigen, dass es normkonform sei, sodass man keine Gefährdung habe. Ein weiterer Punkt sei, dass man eine Querungshilfe mit separatem Fuß- und Radweg wie in Waldstetten vorsehen solle. Der Radweg vor der Gärtnerei sei eine große Gefahrenstelle, dies müsse man berücksichtigen. Vor der Gärtnerei solle man daher den Querschnitt verschmälern und den Radweg weiter in die Straße hinein ausführen. Was ihn sehr geärgert habe sei die Tatsache, dass sieben Bäume gefällt worden seien. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Baumkommission nicht einbezogen worden sei. Wenn man eine Klimaneutralität erreichen wolle, dann müsse man sich jeden Baum anschauen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es normalerweise einen geregelten Ablauf gebe und sich hier etwas verselbstständigt habe. Es gehe nicht, dass man vollendete Tatsachen stelle. Man werde die Sache prüfen.

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich, ob man den Bereich der Einfädelung weiter Richtung Kreisverkehr verschieben könnte, sodass man vor der Gärtnerei mehr Platz hätte.

Herr Strobel antwortet, dass er es prüfen werde.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für die Vorstellung. Es sei eine Strecke, die angenehm zu befahren sei. Man begrüße ausdrücklich, dass eine Verbindung hergestellt werden könne. Es gebe zwei kritische Punkte: Im Kreisverkehr als Radfahrer in den fließenden Verkehr einzufahren, sei kritisch. Dies sei auch beim Glocke-Kreisverkehr kritisch. Er erkundigt sich, ob man eine eigene Fahrradspur vorsehen könne. Außerdem erkundigt er sich, ob für die Autos vor dem Kreisverkehr eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 bestehe und wer bei einer Einfädelung Vorfahrt habe.

Herr Strobel antwortet, dass der Radfahrer Vorfahrt habe.

Herr Strobel äußert, dass man den Kreisverkehr nicht größer machen könne, da man zwei Brücken habe. Eine Querungshilfe sei für Fahrradfahrer auch gefährlich, aktuell sei es eine gute Lösung, da es die Fahrradfahrer im Fluss halte. Tempo 30 könne die Stadt selbst bestimmen, sei aktuell aber nicht vorgesehen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bringt zum Ausdruck, dass die Einfädelung noch geklärt werden müsse. Er halte die Breite von 2,50m für kritisch, vor allem wenn sich zwei Fahrräder mit Kinderanhänger begegnen würden. Es bestehe ein hohes Gefah-

renpotenzial, es müssten daher mindestens 3,50m sein.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW stimmt Stadtrat Dombrowski zu. Er erkundigt sich, ob die Kosten bereits im Haushalt eingestellt seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Mittel entsprechend angemeldet seien.

Stadtrat Bläse/CDU wünscht sich mehr Mut bei der zukunftsweisenden Planung und weniger beim Bäumefällen. Er bittet hierzu um eine Rückmeldung und möchte auch den Termin genannt bekommen, wann die Baumkommission wieder tage.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Aktueller Stand Radring Altstadt und Fahrradstraßen (Maßnahme 14 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
Vorlage: 054/2023

Protokoll:

Frau Zaneck stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Man habe verschiedene Punkte angesprochen und im Wesentlichen berücksichtigt. Er ist verwundert, dass die Turmgasse künftig verkehrsberuhigt sein solle, da der Altstadtring eigentlich eine zügige Durchfahrt ermöglichen solle. Man habe festgestellt, dass das Fahrradfahren nicht immer ganz einfach sei. Die Fahrradfahrer würden mit den E-Scootern und den Fußgängern im Wettbewerb stehen, damit müsse man klarkommen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet es wichtig, dass man eine endgültige Planung bekomme, beispielsweise durch eine gegenläufige Einbahnstraßenregelung in der Klarenbergstraße. Man solle sich die Anbindung der Fahrradstraßen an den Altstadtring nochmals ansehen. Kritische Punkte zwischen den Autos und Radfahrern würden vor allem an den Querungspunkten entstehen. Diese seien noch nicht sicher gelöst.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man froh sei, dass die Fahrradstraße in absehbarer Zeit komme. Es gebe ein großes Defizit beim Altstadtring bei der Querung der unteren Zeiselbergstraße Richtung Königsturmstraße. Dort liege beim Stehen der Fahrradanhänger auf der Straße auf. Wenn man den Radverkehr attraktiver machen wolle, müsse man den Autofahrern Fläche wegnehmen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bittet um eine Stellenverstärkung bei der Mobilitätsplanung. Man solle außerdem die Vorfahrtsregelung im Bereich Fischergasse/Remsstraße

ändern.

Frau Zaneck antwortet, dass dies bereits geprüft werde. Der Altstadttring sei ein guter Anfang und ein guter Kompromiss. Zum Thema Personalverstärkung erläutert sie, dass man einen Rad- und Fußwegekoordinator einstellen werde. Es sei jedoch sehr herausfordernd, da der Markt sehr leergefegt sei. Auch dem Tiefbauamt ergehe es so.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 30
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Ausblick auf künftige Vorhaben**

zu 7.1 **WOHA-Areal**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold und Herr Hackner erläutern den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold betont, dass die Säle Richtung Marktplatz ausgerichtet sein müssten.

Stadtrat Bläse/CDU findet es sehr erfreulich, dass es vorwärtsgehe. Es sei toll, dass die Verbindung zwischen den Gassen wieder entstehe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen fände es schön, wenn das 1. Obergeschoss öffentlich zugänglich wäre. Das Vordach brauche man so nicht mehr, er würde es aufgrund der Optik zurückbauen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es dienlich sein könne, wenn es einen Balkon Richtung Marktplatz gebe. Die Gastronomie werde sich auf das Erdgeschoss beschränken. Man könne sich aber einen Saal für kulturelle Veranstaltungen vorstellen.

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich, wem das Gebäude Radgässle 3 gehören würde.

Herr Hackner antwortet, dass dieses an einen Privateigentümer verkauft worden sei.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet es eine erfreuliche Entwicklung. Er erkundigt sich,

ob nicht einmal im Gespräch gewesen sei, dass Ärzte das Gebäude nutzen könnten.

Oberbürgermeister Arnold antworte, dass eine Nutzung durch Ärzte denkbar sei, dies wäre aber im lichten Gebäude vorgesehen. Es würden Gespräche stattfinden und man müsste mit den Eigentümern in Kontakt treten.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob man den Anbau nicht aufstocken könnte.

Herr Hackner antwortet, dass dies nicht möglich sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 7.2 Sperrung Landesstraße Herlikofen-Brainkofen

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass die Landesstraße zwischen Herlikofen und Brainkofen in der Zeit vom 3. bis 14. April voll gesperrt werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 7.3 Solarkataster

Protokoll:

Bürgermeister Mihm präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 8 Bekanntgaben

zu 8.1 Leerrohre Radweg Schwäbisch Gmünd-Waldstetten

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass die Leerrohre 48.000 Euro kosten würden. Er plädiere daher dafür, es nicht zu tun.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass der Radweg nach Waldstetten ebenfalls nicht beleuchtet werde. Es sei nicht gerechtfertigt, den Naturschutz gegen den Fahrradkomfort auszuspielen. Daher müsse man sich grundsätzlich darüber unterhalten, ob man den Radweg außerorts beleuchte.

Stadtrat Preiß/CDU schlägt vor, ein Kabel ohne Leerrohr zu legen.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass der Prüfauftrag auf die Verlegung eines Leerrohrs abzielte.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man die Radwege nicht miteinander vergleichen könne. Es gebe hier ein Gefährdungspotenzial aufgrund der starken Steigung und der Kurven. Er erkundigt sich, ob man nachträglich freihängende Leuchten installieren könne.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die Gesetzeslage eindeutig sei. Bei der unübersichtlichen Lage könne man nachschärfen.

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass er sich ursprünglich für die Verlegung der Leerrohre ausgesprochen habe, aber in Unkenntnis der Regelungen. Nachdem sich sein Kenntnisstand nun verändert habe, plädiere er dafür, die Leerrohre nicht zu verlegen. Auf die Zukunft zu hoffen und zu spekulieren, dass sich was ändern sollte, rechtfertige die Mehrkosten nicht.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass es zu teuer sei. Er schlägt vor, einen helleren Fahrbahnbelag sowie Katzenaugen an der Seite vorzusehen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es prüfen werde.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass er die Verlegung der Leerrohre beantragt habe. Der Geldbetrag sei aber zu hoch. Ob ein heller Belag helfe, wisse er nicht. Reflektoren seien aus seiner Sicht effektiver.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 9 **Anfragen**

zu 9.1 **Nächtliche Beleuchtung Gügling**

Protokoll:

Stadtrat Kaiser/CDU bedankt sich bei der Verwaltung. Die Lichtwolke über dem Gügling habe sich nachts verringert.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.4, 11

zu 9.2 **Ortsdurchfahrt Hussenhofen**

Protokoll:

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, wann der Endbelag in Hussenhofen eingearbeitet werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies in der Gemeinderatssitzung am 29.03.2023 mitteilen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 9.3 Waldstetter Brücke**Protokoll:**

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, ob die Waldstetter Brücke noch gesperrt sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass diese am 17.04.2023 wieder geöffnet werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 9.4 Fördermöglichkeiten Fahrradparkhäuser**Protokoll:**

Stadtrat Schwab/SPD weist auf die veränderten Fördermöglichkeiten für Fahrradparkhäuser hin.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man es geprüft habe. Es gebe momentan aber keine aktuellen Projekte, mit denen man sich bewerben könne.

Oberbürgermeister Arnold weist außerdem darauf hin, dass es sich am Remsdeck anbieten würde, hier jedoch die Schwierigkeit bestehe, dass es auch private Eigentumsanteile gebe.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass andere Städte hierfür eine Parkierungsgesellschaft gegründet hätten. Man solle prüfen, ob die Stadtwerke dies nicht übernehmen könnten, verbunden mit dem Auftrag, die Besitzanteile aufzukaufen.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man dies prüfen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: